

«Nach dem Spiel ist vor dem Spiel»

DIRK RUSCHMANN INTERVIEW

Das Schweizervolk hat 2014 weltweit für Aufsehen gesorgt. Der Politologe **Adrian Vatter** über die Schweizer Volksabstimmungen und ein Jahr der politischen Zeitenwende.

BILANZ: Herr Vatter, alle drei Abstimmungen Ende November endeten, entgegen anfänglichen Befürchtungen, mit Nein. Wie ist das einzuschätzen mit Blick auf 2014?

Adrian Vatter: Anfang Jahr drückten die Stimmbürger mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative ihren Unmut über die schweizerische Migrationspolitik aus und nutzten die Volksrechte als Ventil und «Denkzettel». Ende Jahr machten sie aber deutlich, dass wirtschaftlich unvernünftige Vorschläge keine Chance haben.

Das Volk stimmte 2014 erstmals substanziell gegen die Armee ab, nahm gegen alle Prognosen die Masseneinwanderungs-Initiative an. Erleben wir eine politische Zeitenwende?

Dem würde ich zustimmen. Wir sind tatsächlich in einer neuen Phase, die sich durch drei Merkmale auszeichnet.

Welche sind das?

Erstens haben wir heute systematisch Initiativen von rechts, so etwas gab es bis zur Jahrtausendwende nicht – mit wenigen Ausnahmen, etwa der Überfremdungs-Initiative in den 1970ern. Das zweite Merkmal ist ein Funktionswandel: Heute nutzen die Parteien ganz bewusst die Initiative als permanentes Wahl-

kampfmittel. Ursprünglich war die Initiative ein Instrument für Gruppen, die im Parlament unterlegen waren und Entscheide im Nachhinein vom Volk korrigieren lassen wollten. Diesen Wandel sehen wir übrigens bei allen Parteien, auch bei den Bürgerlichen, wie die Bürokratieabbau-Initiative der FDP zeigt.

Und die dritte Neuentwicklung?

Dass der Bundesrat als eine der glaubwürdigsten Institutionen der Schweizer Politik nicht mehr geschlossen gegen Initiativen auftritt. Sondern dass in vier von fünf Fällen mindestens eine Regierungspartei aussichert, unter Umständen sogar diejenige Partei ist, die die Initiative lanciert hat. Das ist ein Phänomen der letzten Jahre – und auch ein Grund, warum Initiativen heute so erfolgreich sind. Diese drei Veränderungen als Ganzes kann man durchaus als Zeitenwende betrachten.

Steckt dahinter auch eine Entfremdung zwischen Stimmvolk und Politik?

Sicherlich, bis zu einem gewissen Grad. Gerade bei Themen wie Migration oder Aussenpolitik. Wobei ... ▶

Der Schweiz-Analytiker

Adrian Vatter (49) ist Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Uni Bern und Inhaber der Professur für Schweizer Politik. Sein aktuelles Buch «Das politische System der Schweiz» gilt als eines der bestverkauften Lehrbücher und fand auch international Anerkennung. Vatter, geboren in Zürich, forschte und lehrte an Hochschulen in Zürich, Bern, Basel, Los Angeles und Konstanz. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

*Der renommierte
Politikprofessor
Adrian Vatter forscht
vor allem über die
Schweizer Demokratie
und ihre Institutionen.*



► Ja?

In diesen beiden Feldern waren die Differenzen zwischen politischer Elite und der Stimmbevölkerung schon immer gross. Heute wird das jedoch von der SVP systematisch bewirtschaftet. Hinzu kommt, dass das Vertrauen in die Institutionen, sei es in Bundesrat, Parlament, Bundesgericht oder die Verwaltung, im internationalen Vergleich in der Schweiz immer noch sehr hoch ist. Das heisst, es gibt eine gewisse Entfremdung in Bezug auf einzelne Probleme, aber nicht generell eine Entfremdung zum System.

Die Schweizer gelten als wirtschaftsfreundlich. Ecopop scheiterte zwar klar, aber zuvor sah es in Umfragen viel knapper aus. Und die Masseneinwanderungs-Initiative kam durch. Sind die Schweizer wirtschaftsfeindlicher geworden?

Das glaube ich nicht. Aber wenn wir uns den durchschnittlichen Schweizer anschauen, der in einer Agglomeration wohnt, der pendelt, der teure Mieten bezahlen muss, dann steht auf seinem Sorgenbarometer an erster Stelle die Migrationsproblematik – und das überdeckt zum Teil auch wirtschaftliche Anliegen.

Ausländer klauen unsere Jobs?

Ob das im Einzelfall zutreffend ist oder nicht: Viele Leute sehen gerade in den Ausländern ein Problem, nämlich den Grund für ihre eigenen ökonomischen Schwierigkeiten.

«Es gibt eine Kluft zwischen Wahrnehmung und Realität – und zwischen einzelnen Teilen der Bevölkerung.»

Die Ökonomen sagen das Gegenteil.

Genau. Das ist quasi die Makrobetrachtung, es gibt immer wieder Studien, wonach die Zuwanderung gut ist für die Schweizer Wirtschaft. Aber wenn man zugleich die Leute nach den Gründen für ihre Besorgnis fragt, dann weisen sie eben auch auf die Migration hin. Es gibt also wohl eine Kluft zwischen Wahrnehmung und der Realität sowie den einzelnen Bevölkerungsteilen.

Und woher kommt das?

Gerade für untere Einkommens- und Bildungsschichten kann die starke Zuwanderung in der Tat dazu führen, dass sie in eine härtere Konkurrenzsituation geraten. Und diese Alltagserfahrung wird politisch bewirtschaftet von der SVP. Da wird eine Art Dauerkampfbetrieb betrieben.

Was heisst das?

Nach Wahlerfolgen versucht die SVP eben nicht, ihren Einfluss im Parlament für politische Projekte zu nutzen, indem sie mit den anderen Parteien nach Lösungen sucht. Stattdessen fährt sie häufig mit ihrer kompromisslosen Politik weiter. Ihre permanent laufende Wahlkampfmaschinerie erzeugt im System sehr starke Spannungen.

Welchen Sinn macht dieses Vorgehen?

Es hängt mit der besonderen Konstellation zusammen: Die SVP konnte ihre Wahlerfolge nie wirklich in Regierungsmacht ummünzen. Solange sie nicht zwei linientreue Bundesräte stellt, sieht es die Partei als oberstes Ziel, weitere Wahlen zu gewinnen – um Druck auf das Parlament auszuüben. Wohl in der Hoffnung, dass es dann mal die beiden «richtigen» Vertreter in den Bundesrat schickt.

Aber linientreue SVP-Politiker im Kollegialgremium Bundesrat – beisst sich das nicht?

Doch, wie man bei Blocher gesehen hat. Der Bundesrat braucht konsensorientierte Politiker, die auch mal zurückstehen und nicht in erster Linie als Parteisolddaten agieren. Das ist ein Widerspruch in sich, und da kommt unser System an gewisse Grenzen. Weil es davon ausgeht, dass man als Bundesrat bereit ist, eine gewisse Distanz zur eigenen Partei aufzubauen.

Sie schreiben in Ihrem Buch, direkte Demokratie habe bei der politischen Elite den Kompromisswillen gefördert – man arbeite zusammen, weil alle vermeiden wollten, vors Volk zu müssen. Stimmt.

Wenn aber jetzt ein Teil der Elite – die SVP – per Dauerkampfbetrieb ausschert, ist diese Kompromissbereitschaft in Gefahr. Der Bundesrat – siehe etwa den Krach zwischen Maurer und Burkhalter – ist sichtbar zerstritten. Braucht die Schweiz bald einen Regierungschef?

Ich sehe nicht, wie wir dahin kommen sollten – und genauso wenig, wie dies die Spannungen entschärfen könnte. Dass unser System so sehr auf Konsens setzt, ist zum einen Folge der direkten Demokratie, zum anderen aber auch unserer heterogenen Schweizer Gesellschaft: Wir sind immer darauf angewiesen, die Minderheiten in die Regierung zu integrieren!

Ein echter Chef schadet?

Wir hatten diese Diskussion im Kleinen schon: bei der Frage nach der Volkswahl des Bundesrates. Schon dass der Bundespräsident künftig zwei Jahre statt nur eines amtiert soll, hat man im Parlament abgelehnt.

Verkauft die Wirtschaft, allen voran Economiesuisse, ihre Themen zu schlecht?

Schwarz oder weiss, Herr Vatter?

«NZZ» oder «Tages-Anzeiger»? «NZZ».

Porsche oder Mercedes? Lieber eine französische Marke.

Blocher oder Brunner? Das Original!

Aktien oder Sparbuch? Sparbuch und Aktien.

Ski oder Snowboard? Ski.

Berge oder Meer? Das eine im Winter, das andere im Sommer.

Pasta oder Sushi? Pasta.

Apple oder Windows? Windows. Da bin ich konservativ.

Adrian Vatter vor einem Arbeitsraum im sogenannten von-Roll-Areal der Universität Bern. Hier ist auch die Politikwissenschaft untergebracht.



Einerseits ja – denken wir etwa an diesen unsäglichen Abzocker-Film, der zurückgezogen werden musste. Das sind klare handwerkliche Fehler. Andererseits aber fällt stark auf, dass seit der Finanz- und Wirtschaftskrise die Glaubwürdigkeit der Wirtschaft und ihrer Vertreter gelitten hat. Das zeigen sehr viele Umfragen.

Bräuchte es in der Wirtschaft eine Gegenfigur zu Blocher?

Ich denke, es braucht eine etwas längere Entwicklung dahin, damit das Vertrauen in die wirtschaftlichen Akteure wieder steigt. Natürlich, glaubwürdige Wirtschaftsvertreter, die sich politisch betätigen, wären wichtig. Hier gibt es ein Defizit – früher hatten wir die Bremis und Spältis. Die findet man heute nicht mehr im National- oder Ständerat.

Die Ironie ist ja, dass Blocher selbst erfolgreicher Unternehmer ist. Ein Mann der Wirtschaft, der heute Politiker ist, bekämpft die Wirtschaft – und sie ihn.

Jemanden als Antipoden aufzubauen, wäre Aufgabe der Freisinnigen und der Wirtschaftsverbände. Eine solche Person müsste ihren Weg durch die politischen Institutionen gemacht haben und in der Wirtschaft stark verankert sein.

Sehen Sie jemanden, der diese Rolle übernehmen könnte?

Im Moment sehe ich niemanden. Eine Zeit lang sah es so aus, als ob bei der SVP Peter Spuhler einer werden könnte, der als glaubwürdiger Unternehmer in wirtschaftlichen Fragen gegen die Blocher-Linie antritt. Bis zu seinem Rückzug.

Und jetzt?

Tja. So etwas ist heute wohl nicht mehr attraktiv für Spitzenmanager, die in einem internationalen Umfeld tätig sind. Wenn sie denn überhaupt noch Schweizer sind.

Viele Wirtschaftsvertreter warnen, dass ein Ende der Bilateralen Schweizer Firmen massiv schädigt, gerade auch KMUs. Wie verhält sich das Stimmvolk dazu – weiss und akzeptiert es das? Oder wird das gar nicht wahrgenommen?

Doch, natürlich.

Was macht Sie so sicher?

Wir wissen aus Untersuchungen, dass diejenigen, die abstimmen gehen, im Durchschnitt um einiges besser informiert sind, über höheres politisches und ökonomisches Wissen verfügen als diejenigen, die zu Hause bleiben. Man hat ja gesehen: Ecopop wurde klar abgelehnt, wohl auch, weil nach der Masseneinwanderungs-Initiative – nicht vorher, aber nachher – diese Debatte eingesetzt hat: was die vollständige Umsetzung der Initiative für Konsequenzen haben könnte.

Wenn jetzt also die Gretchenfrage gestellt würde ...

... dann bin ich überzeugt, dass sich die Stimmbürgerschaft für die ökonomische Vernunft entscheiden wird.

Ist das nicht ein Widerspruch zur verbreiteten Auffassung, dass, platt gesagt, die Landbewohner den Städtern per Urne vorschreiben, was sie zu tun haben? Etwa bei der Zuwanderung: dass jene, die kaum jemals damit in Berührung kommen, am heftigsten dagegen sind?



► Zu diesem Punkt gab es nach dem 9. Februar interessante Auswertungen. Und die haben gezeigt: Entscheidend ist nicht, wie viele Ausländer in einem Kanton oder in einer Gemeinde sind, entscheidend ist die Dynamik. Wo innerhalb der letzten Jahre der Ausländeranteil besonders stark zugenommen hat, sieht man eine besonders hohe Zustimmung zur Initiative. Das war vor allem in den Agglomerationen der Fall, teilweise auch in ländlichen Gebieten. Bei niedrigem Ausgangsniveau ist die Steigerung natürlich gefühlt umso grösser. Das war letztlich mit ein Grund für die Annahme der Initiative.

Viele der neueren Abstimmungen waren gegen Gruppen gerichtet: «1:12» gegen Abzocker-Manager. Die Minarett-Initiative gegen Muslime, die Masseneinwanderungs-Initiative gegen Zuwanderer. Sucht man Verantwortliche für die Unübersichtlichkeit der Welt da draussen?

Es ist in der Tat so, und das kann man als Schwäche der direkten Demokratie betrachten, dass komplexe Zusammenhänge zum Schluss auf einen Ja-Nein-Entscheid heruntergebrochen werden müssen. Und das nutzen viele Initianten geschickt. Sie bezeichnen Sündenböcke und senden damit das Signal: Diese Gruppen seien nicht Teil unserer Gesellschaft, sie teilten unsere Werte nicht. Und seien damit verantwortlich für gewisse Missstände.

Eine politische Gruppe definiert sich durch den Ausschluss der Andersdenkenden.

Ein Ingroup-Outgroup-Phänomen tritt häufig auf. Die Ingroup sagt, wir teilen gemeinsame Normen und Werte, die anderen sind nicht Teil von uns.

Ist das Stimmvolk denn fair?

Es kommt selten vor, dass die Stimmbürger Rechte, die vorhanden sind, stutzen. Zwar ist das Volk sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, Rechte für Minderheiten auszubauen – vor allem für Ausländer und schlecht integrierte Bevölkerungsteile. Aber dass man Rechte wegnimmt, wie bei der Minarett-Initiative, ist die grosse Ausnahme.

Hat das Volk immer recht?

«Das Volk täuscht sich nicht, aber es kann getäuscht werden», wie es der älteste Nationalrat, Jacques Neiryck von der CVP Waadt, treffend auf den Punkt bringt.

Ist es ein weises Volk?

Bei uns ist das Prinzip der Volkssouveränität sehr stark verankert, im Gegensatz etwa zu Deutschland – dort gilt primär Verfassungssouveränität. In der Schweiz ist von der politischen Kultur und der Geschichte her das Volk die letzte Instanz, die entscheidet. Aber wie im Fussball gilt: Nach dem Spiel ist vor dem Spiel.

Was bedeutet das?

Schauen Sie die Masseneinwanderungs-Initiative an: Das Volk hat entschieden, und die Politik muss sich unterordnen – aber es

ANZEIGE



Universität St. Gallen

Nutzen Sie die Chance Ihr Unternehmen an der Universität St. Gallen zu präsentieren. Es warten über 1'600 Studierende auf Sie.

Jetzt teilnehmen: www.hsgtalents.ch

24. Februar - 20. März 2015

Opening Panel **24.02.2015**

Messe **04.03.2015**

Präsentationen | Workshops | Interviews | Company Dinner |
"Confect & Connect" – Pralinen selber machen

Match Passion & Profession

HSG TALENTS
CONFERENCE

Sponsoren



CREDIT SUISSE

Medienpartner



NZZ
CAMPUS

BILANZ

Naturalsponsoren



DELIZIO
GEMÜSS DJR



ist nicht endgültig. In rund zwei Jahren werden wir wohl darüber abstimmen, wie weit der Volksentscheid umgesetzt werden soll. Also: ob die Annahme der Initiative tatsächlich der Weisheit letzter Schluss war.

Kalkuliert das Volk so kühl – jetzt ein Denkzettel, den man später korrigieren kann?

Das Volk hat die Erfahrung, dass die Umsetzung immer bei der Polit-Elite liegt. Mit anderen Worten: Es müssen diejenigen einen Volksentscheid vollziehen, die a priori erst einmal dagegen waren. Wir haben ja viele Initiativen, die angenommen, aber nie umgesetzt wurden. Da können Sie bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurückgehen. Weder das Absinth-Verbot noch das Spielcasino-Verbot wurden umgesetzt. Oder schauen Sie sich den Vollzug von neueren Initiativen an, wie der Alpen-Initiative, der Verwahrungs-Initiative und der Unverjährbarkeits-Initiative. Das Volk ist sich bewusst, dass der politische Prozess nach einer Abstimmung nicht endet, sondern in die nächste Phase eintritt.

Es dauert und dauert und dauert.

Der Prozess ist nie zu Ende. Nehmen wir die Masseneinwanderungs-Initiative: Nach der ersten Abstimmung folgt sicher eine weitere, eventuell noch eine dritte. Das ist aber immer eine Chance, Konflikte zu regulieren. Das macht die Entscheidungsfindung für die Politik nicht leichter, schon gar nicht die Verhandlungen mit dem Ausland. Aber es hat eine wichtige Ventilfunktion. Man kann damit Dampf ablassen.

Dampf ablassen, wenn die Emotionen hochkochen, ist sicher eine gute Sache. Aber ergibt sich aus all dem letztlich eine tragfähige Gesamtrechnung?

Es ist am Schluss mehr der Prozess als der Inhalt des Entscheids selbst, der den Entscheid legitimiert. Der Entscheid kann jederzeit wieder über den Haufen geworfen werden. Aber der Prozess ist wichtig: dass man mitwirken kann, sich informiert und dann den Entscheid auch mitträgt.

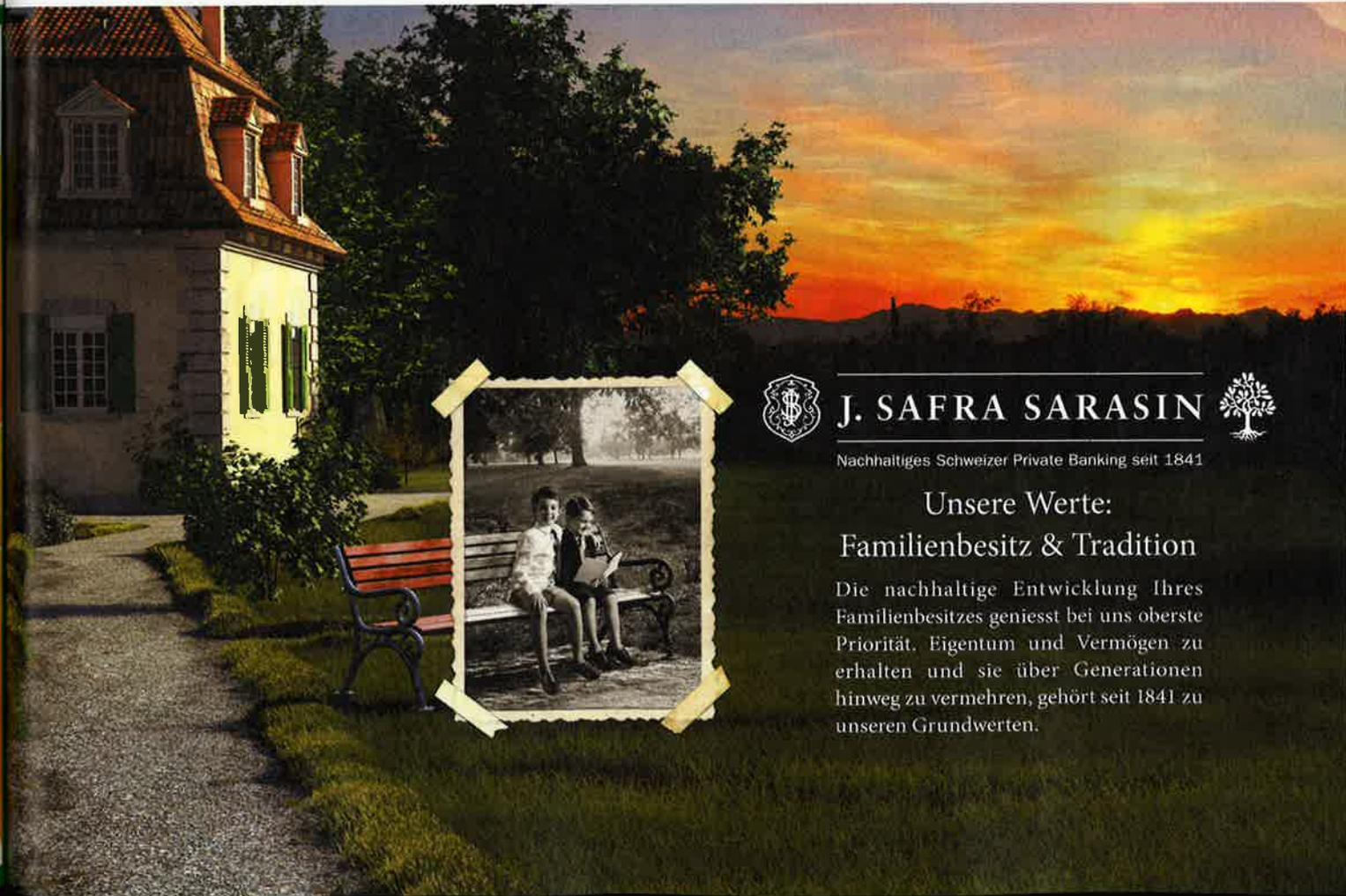
Besteht nicht die Gefahr, dass sich die direkte Demokratie mit ihren Blockademöglichkeiten als Schönwetterdemokratie herausstellt?

(Denkt lange nach) Ganz schwierige Frage. Die Schweiz hat ja nicht nur Schönwetterphasen erlebt. Bei den Generalstreiks in den zwanziger Jahren oder Anfang der Dreissiger mit der Richtlinien-Initiative, die einen Systembruch wollte – da funktionierte die direkte Demokratie. Sie hat Konflikte nicht unbedingt gelöst, aber temperiert und Schärfe herausgenommen. Diese Grundfunktion sehe ich immer noch: dass Entscheide akzeptiert werden, weil sie durch das Volksmehr die grösstmögliche Legitimation haben.

Wir hören ein «aber» ...

Tatsächlich gibt es ein Risiko: Wenn man die direkte Demokratie systematisch und bewusst als Instrument der Polarisierung nutzt, kommt sie an gewisse Grenzen. Für so viel Sand im Getriebe ist sie nicht ausgelegt. ■

ANZEIGE



J. SAFRA SARASIN

Nachhaltiges Schweizer Private Banking seit 1841

**Unsere Werte:
Familienbesitz & Tradition**

Die nachhaltige Entwicklung Ihres Familienbesitzes geniesst bei uns oberste Priorität. Eigentum und Vermögen zu erhalten und sie über Generationen hinweg zu vermehren, gehört seit 1841 zu unseren Grundwerten.